

Übersicht der Änderungsanträge zum LPT 08.09.2024

Zeilen-Nr.	Antrag des LaVo für das Bürgerschaftswahlprogramm 2025	Verfasser	Übernahmeempfehlung
15	Ändere Säulen der Ökologie, Ökonomie und sozialem Ausgleich. in: Säulen der Ökologie, Ökonomie und des sozialen Ausgleichs	KvE	Ja
16	Ändere: über marktwirtschaftlichen In: über marktwirtschaftliche	KvE	Ja
17	Ersetzte in: „Erst wirtschaftliches Wachstum macht es uns möglich, persönliche, durch Wirtschaftliches Wachstum macht es möglich, persönliche,	KvE	Ja
22-27	Ersetzte: „Die lokale und regionale Wirtschaft in einer Millionenmetropole, das ist in erster Linie der Mittelstand – kleine und mittlere Betriebe vom klassischen Handwerk über den Dienstleistungs- und Produktionsbetrieb bis hin zum kleinen Digitalunternehmer. Aber auch Unternehmen mit mehreren hundert oder auch einigen tausend Mitarbeitern, bedeutenden Umsätzen und weltweitem Geschäft, die sich mit Qualität und Innovativität am Markt etabliert haben. Durch: „Die lokale und regionale Wirtschaft in einer Millionenmetropole, das sind in erster Linie der Mittelstand – kleine und mittlere Betriebe vom klassischen Handwerk über den Dienstleistungs- und Produktionsbetrieb bis hin zum kleinen Digitalunternehmer, aber auch Unternehmen mit mehreren hundert oder auch einigen tausend Mitarbeitern, bedeutenden Umsätzen und weltweitem Geschäft, die sich mit Qualität und Innovativität am Markt etabliert haben.	KvE	Ja
28	Ersetzte: „Hamburg muss ihnen darum die Rahmenbedingungen geben, dass sie hier gut wirtschaften können.“ Durch: „Hamburg muss ihnen darum die Rahmenbedingungen geben, hier gut wirtschaften zu können.“	KvE	Ja
39	Ändere „Wir fordern deshalb ein konsequentes Belastungsmoratorium für die Unternehmen in Hamburg auf Melde-, Informations- und Dokumentationspflichten.	KvE	Ja

Übersicht der Änderungsanträge zum LPT 08.09.2024

	in: Wir fordern deshalb ein konsequentes Belastungsmoratorium für die Unternehmen in Hamburg im Hinblick auf Melde-, Informations- und Dokumentationspflichten.		
71	Ändere: Verantwortung für die Öffnungszeiten sollte bei den Bezirken liegen, da diesen am nächsten am lokalen Handel mit seinen Bedürfnissen und Besonderheiten sind. In: Verantwortung für die Öffnungszeiten sollte bei den Bezirken liegen, da diese am nächsten Grund: Grammatik	KvE	Ja
120	Ergänze in Zeile 120 nach „einbeziehen.“: Hoch qualifizierte Fachkräfte aus dem Ausland und „Rückkehrer“ nach Deutschland wollen wir durch einen einjährigen Steuer-Bonus willkommen heißen und Hamburg für sie auf diesem Weg auch finanziell zu einem interessanten Wohnort machen.	Still et al.	Debatte
156	Ergänzung am Ende von Z. 156: ...und befürworten jenseits der Hafenpartnerschaft auch eine aktive Städtepartnerschaft mit Kaohsiung als größter Hafenstadt Taiwans.	KV Harvestehude	Nein
156	Einfügen Und was die Ukraine angeht hätten Liberale als leidenschaftliche Streiter für die Ordnung des Westens jede Hilfe zu ermöglichen, welche die Ukraine für ihren Sieg benötigt.	Dirk Ahlers	Nein
173	Ergänze in: Beitragsfreiheit für Gründer in den ersten zwei Jahren: Wie folgt: Beitragsfreiheit für Gründer in den ersten zwei Jahren in den zuständigen Kammern: Grund: Klären von welchen Beiträgen Gründerinnen befreit sein sollen	KvE	Nein
239	Ersetzte in Kräne, Bahnen, LKWs und Infrastruktur ist das andere. Durch: Kräne, Bahnen, LKWs und Infrastruktur sind das andere.	KvE	Ja
247	Ergänze nach Zeile 247 „gehört.“: Die zuletzt stark gestiegenen Wartezeiten für Spediteure im Hafen wollen wir mit einem Sofortprogramm drastisch reduzieren. Dabei soll eine bessere digitale	Still et al.	Ja

Übersicht der Änderungsanträge zum LPT 08.09.2024

	Steuerung der Prozesse zum Einsatz kommen und bürokratische Vorschriften sollen abgebaut werden.		
315-317	Neu formulieren: Wir wollen die Abkehr von der Nutzung fossiler Brennstoffe zu möglichst günstigen Preisen vorantreiben –	Harry Porten, Wolfgang Ploss	Ja
328	Ersetzte in als eine „smarte“ Lösung auf Basis bereits vorhandener von Daten. Durch: als eine „smarte“ Lösung auf Basis bereits vorhandener Daten.	KvE	Ja
348-351	Der Absatz zwischen den Zeilen 348 bis 351 wird auf folgende Aussagen gekürzt: Rot-Grün sorgt mit seiner Konzeptlosigkeit für Laufzeitverlängerungen am Fließband für das alte Kohlekraftwerk Wedel. Diese Dreckschleuder gehört schnellstmöglich abgeschaltet!	Harry Porten	Nein
348-351	Streichung; Dieser Abschnitt des Programms ist nicht mehr aktuell. Der Fernwärmetunnelunter der Elbe wird seit einem Jahr gebaut, die Abschaltung des Kraftwerks Wedel ist in die Wege geleitet und wird in absehbarer Zukunft auch realisiert werden.	Stussig et al.	Debatte
505	Ergänze nach Zeile 505 „gelten“: Hamburg braucht eine internationale Tourismus-Strategie. Bisher kommen nur rund 20 Prozent der Touristen aus dem Ausland. Durch eine stärker international ausgerichtete Tourismus-Vermarktung wollen wir die Zahl internationaler Gäste in der Stadt deutlich steigern.	Still et al.	Ja
509	Ergänze nach Ziel 509 „gelangen“: Die krakenartige Ausweitung städtischer Beteiligungen an rund 300 Unternehmen und Immobilien trägt das Gesicht einer Staatswirtschaft und ist nicht mehr länger vertretbar.	Still et al.	Ja
517 ff	Ersetze in den Zeilen 517-519 „Zu prüfen sind Unternehmen wie z.B. Hamburg Energie, der Reisinger und die Netzgesellschaften.“ Durch:	GHH	Ja

Übersicht der Änderungsanträge zum LPT 08.09.2024

	„Zu prüfen sind Unternehmen wie die Netzgesellschaften und der Reising.“ 2. Streiche in den Zeilen 519 bis 520 den Satz: „Mögliche Synergieeffekte könnten allerdings den Verbleib in Staatshand rechtfertigen.“		
517	Ergänze nach Zeile 517 „bleiben“: Nicht zu rechtfertigende öffentliche Unternehmen wie die Gebäudemanagement Hamburg GmbH oder die SGG Städtische Gebäudeeigenreinigung GmbH werden wir in den ersten 100 Tagen einer Regierungsbeteiligung privatisieren. Gleiches gilt für die Anteile der Stadt an Hapag-Lloyd	Still et. Al.	Nein
668ff	Ersetzen des Absatzes „Grunderwerbsteuer: Die Grunderwerbsteuer ist ein Hindernis zur Bildung von Wohneigentum und behindert damit die Bildung der Alterssicherung. Wir fordern einen Freibetrag bei der Grunderwerbsteuer für die erste Immobilie, um den Erwerb von Wohneigentum zu erleichtern und die Kosten zu senken. Darüber hinaus fordern wir die sofortige Aussetzung der Grunderwerbsteuer für die nächsten drei Jahre, um die Krise am Bau abzumildern und den Wohnungsbau wieder in Fahrt zu bringen.“ Durch: „Grunderwerbsteuer: Die Grunderwerbsteuer ist ein Hindernis zur Bildung von Wohneigentum und behindert einen effizienten Wohnungsmarkt. Wir fordern die sofortige, dauerhafte Aussetzung der Grunderwerbssteuer, um den Erwerb und den Wechsel von Wohneigentum zu erleichtern und die Kosten zu senken“	Gerlach	Ja
683	Ergänze nach Zeile 683 „erhöht“: Die völlige Überregulierung in diesem Bereich werden wir beenden, indem wir Vorschriften wie etwa die „Solargründachpflicht“ abschaffen und durch	Still et al.	Ja

Übersicht der Änderungsanträge zum LPT 08.09.2024

	Förderungen ersetzen. Wir wollen niemanden am Bauen hindern, sondern umweltfreundliches Bauen und Renovieren belohnen.		
689-692	Streichung	Gerlach	Nein
693-699	Streichung	Gerlach	Nein
705	Erweiterung: 6. freiwillige Option statt Solardachpflicht: Statt einer gesetzlichen Pflicht für Solardächer bei Neubauten und Sanierungen setzen wir auf eine freiwillige Option. Bauherren und Bestandseigentümer sollen die Entscheidung für oder gegen eine Installation und den Zeitpunkt und Größe einer Photovoltaikanlage je nach ihren Möglichkeiten und Bedarf treffen können.	Harry Porten	Ja
730	Streichen der Worte „städtische Bürgschaften für die Kaufnebenkosten bereitstellen“	Gerlach	Nein
761	Einfügen nach Zeile 761: Barrierefrei im öffentlichen Raum Wir werden einen Plan zum barrierefreien Ausbau der öffentlichen Gebäude erarbeiten. Der Ausbau von ertastbaren Leitsystemen für Blinde und Sehbehinderte, beispielsweise in Form von Gehwegpflastern mit Rillen und Noppen muss vorangetrieben werden. Barrierefreiheit auch für unsere Kleinsten Wir werden uns dafür einsetzen alle Kultur- und Stadteinrichtungen sowie Einrichtungen für Kinder und Jugendliche vollständig barrierefrei zu gestalten. Wir wollen die Einrichtungen barrierefreier und inklusiver Spielplätze am Beispiel von „Onkel Rudi“ in Hamburg-Mitte fördern.	JuLis	Debatte (Check)
786	Ersetze hinter „Das fordern wir konkret:“	KvE	Ja

Übersicht der Änderungsanträge zum LPT 08.09.2024

	durch einheitlichen Maßnahmenkatalog. Begründung: aktuell keine Struktur; sollte in die redaktionelle Überarbeitung.		
809-811	Streichung	Gerlach	Nein
812	Streichung Zeile 812 bis 817.	KV Harvestehude	Nein
813-814	Ersetze den Satz „Der Gewürzhandel hat die Pfeffersäcke reich gemacht.“ Durch folgende Formulierung: „Der Gewürzhandel hat schon sehr früh zu Hamburgs Bedeutung als Hafen- und Handelsstadt und zu seinem Wohlstand beigetragen.“	Stussig et al.	Ja
901	Einfügen nach Zeile 901: Graffiti – Vandalismus und Kunst Graffitis kennzeichnen bereits jetzt das Stadtbild. Zum einen sehen wir Vandalismus – auch durch Graffitis – als Teil der Stadtverschmutzung an. Aus diesem Grund setzen wir uns für eine Graffiti-Taskforce nach dem Vorbild der Stadt Essen ein, welche nach Meldung im „Meldemichel“ die Graffitis fachgerecht und schnellstmöglich entfernt sowie Anti-Graffiti-Schutzanstriche aufträgt. Gleichzeitig erkennen wir Graffitis auch als Kunstform an und möchten diese im Stadtbild noch intensiver fördern. Graue Betonbauten, welche im Eigentum der Stadt stehen, können durch Graffitikünstler verschönert und zu einer Touristenattraktion werden. Städte wie Melbourne sehen wir hier als Vorbild.	Julis	Ja
973	Ersetze „Zahl der Längsparkplätze“ durch „Zahl der Parkplätze“	Gerlach	Ja
991	Ersetze „Betriebe ohne die Möglichkeit, auf einen eigenen Tiefgaragen- oder Hof- Stellplatz auszuweichen, sollen die Option „ durch „Jeder Betrieb soll die Option „	Gerlach	Nein

Übersicht der Änderungsanträge zum LPT 08.09.2024

1009	Carsharing Carsharing-Angebote reduzieren den Bedarf nach eigenen PKWs und entlasten damit den Parkraum. Wir werden diese Angebote stärker fördern, indem wir sämtliche Carsharing Fahrzeuge dauerhaft von der Parkpauschale befreien und so einen Anreiz für eine Ausweitung des Angebots setzen. Die Parkregeln für Carsharing-Fahrzeuge müssen überprüft und vereinfacht werden.	Gerlach	Debatte
1225-1226	Streichung	Gerlach	Nein
1226	Füge folgenden Satz ein: „Weiterhin soll die Verlängerung der U4 von der in Bau befindlichen neuen Endhaltestelle „Horner Geest“ bis zum Einkaufszentrum in Jenfeld zügig in Angriff genommen werden.“	Stussig et al.	Ja
1253ff	Einfügen nach Zeile 1253: „Unterschiedliche Tarifgestaltungen zwischen Hochbahn und RB/RE innerhalb des HVV-Gebietes, wie z.B. die Regelungen zur Mitnahme von Fahrrädern, sind für die Fahrgäste nicht verständlich oder nachvollziehbar und müssen weitgehend vereinheitlicht werden.“	Gerlach	Debatte
1297	Ersetze Z. 1297 durch: Selbstbestimmung und Bildung – zwei Seiten einer Medaille	Oetzel	
1302	Streichen: Frühkindliche Bildung	KvE	Nein
1306	Ergänze nach Z. 1306: Wir wollen die Berechnungsgrundlage der verschiedenen Kita-Gutscheinhöhen auf den Prüfstand stellen. Der Problematik, dass Eltern, die lediglich einen 5-Stunden-Gutschein mitbringen, ungern gesehene Gäste sind, die zusätzliche Betreuungszeit dazukaufen müssen, wollen wir auf diese Weise ein Ende setzen.	Oetzel	Ja
1309	Ersetze in Z. 1309: „benachteiligten Stadtteilen“ durch	Oetzel	Ja

Übersicht der Änderungsanträge zum LPT 08.09.2024

	„Stadtteilen mit großen sozioökonomischen Herausforderungen“		
1317	Füge ein „kurzfristig nur noch anteilig und langfristig nicht mehr“	KvE	Ja
1322	Ergänze nach Z. 1322: „Die stetig abfallenden Qualitätsstandards der Ausbildung des Kita-Personals, z.B. durch immer größere Aufweichungen in den Zugangsvoraussetzungen, wollen wir beenden.“	Oetzel	Ja
1325	Ergänze hinter „duale Ausbildung mit angemessener Vergütung mit: „und bezahlten Berufspraktika“.	KvE	Ja
1326	Streichung	Gerlach	Nein
1329	Streiche „Wir wollen den Einsatz von Hauswirtschafts- und Verwaltungsfachkräften fördern, damit das pädagogische Fachpersonal mehr Zeit mit den Kindern statt am Schreibtisch verbringt.“	KvE	Nein
1333	Streiche: „Während in den letzten Jahren große Summen in den Bereich der Kindertagesstätten geflossen sind, trat die Kindertagespflege weitgehend auf der Stelle.	KvE	Ja
1345	Streiche „und Chancen“	KvE	Ja
1363	Ändere: „Zudem wollen wir den“	KvE	Ja

Übersicht der Änderungsanträge zum LPT 08.09.2024

	in: „Wir fördern Bestrebungen zum ...“		
1390	Ergänze nach Z. 1390: „Wir kritisieren, dass das bestehende 23+-Programm, das Schulen mit hohen Herausforderungslagen bisher zielgenau unterstützt hat, vom Hamburger Senat zugunsten des Startchancen-Programms vollständig eingestellt wird. Hamburg darf das Startchancen-Programm nicht als Möglichkeit verstehen, den eigenen Haushalt zulasten des Bundes und auf dem Rücken der Kinder, die von zusätzlicher Förderung am meisten profitieren, zu entlasten.“	Oetzel	Ja
1390	Füge ein: „Wir unterstützen Maßnahmen zur Vermeidung von Absentismus (überproportionale) Fehlstunden bis hin zur Schulverweigerung). Jeder junge Mensch in Hamburg ohne Schulabschluss ist ein Mensch zu viel! Deshalb fördern wir Programme, die Schülerinnen und Schüler wieder in das Schulleben integrieren und sie auf dem Weg zum Schulabschluss begleiten.“	KvE	Debatte
1399	Streiche die Zeilen 1399-1401	Oetzel	Nein
1405	Streiche die Zeilen 1405-1418	Oetzel	Debatte
1411	Ersetze „verfolgen“ durch „verfolgt“	GHH	Ja
1418	„... G8 oder G9 bei vergleichbarer Ressourcenausstattung anbieten.“	GHH	Ja
1420	Ändere: „Sie soll weitgehend frei über den Einsatz ihrer Ressourcen in Bezug auf Organisation, Budget, Profilbildung und Personal entscheiden.“ In: „Sie entscheidet weitgehend frei über den Einsatz ihrer Ressourcen in Bezug auf Organisation, Budget, Profilbildung und Personal.“	KvE	Ja

Übersicht der Änderungsanträge zum LPT 08.09.2024

1425	Ergänze hinter Zeile 1425 „Wir wollen den § 44 Abs. 3 Hamburger Schulgesetz (HmbSG) dahingehend reformieren, dass Lehrerinnen und Lehrer mehr Flexibilität erhalten bei den Lernentwicklungsgesprächen (LEG), um nach ihrem Ermessen LEG nur mit Schülerinnen und Schülern zu führen, die begründeten Beratungsbedarf haben. Dadurch gewinnt das Lehrpersonal mehr zeitliche Kapazitäten und wird von überbordenden Dokumentationspflichten befreit.	KvE	Debatte
1426	Streiche die Zeilen 1426-1436	Oetzel	Nein
1433	Streiche: Insbesondere die Wochen vor den Sommerferien wollen wir den Schülerinnen und Schülern als Vertiefungsphase zur Verfügung stellen, in denen sie selbstständig oder im Rahmen von Kursen und Angeboten Themen erarbeiten oder Praktika absolvieren können.	KvE	Debatte
1437	Das Hamburger Modell des gemeinsamen Religionsunterrichts begrüßen wir. Für eine klare Trennung von Staat und Kirche fordern wir ein Ende des Einflusses der religiösen Gemeinschaften auf die Lehrpläne und eine entsprechende Anpassung der Staatskirchenverträge. Ferner setzen wir uns dafür ein, dass der Religionsunterricht ausschließlich von staatlich ausgebildeten Lehrkräften erteilt wird.	LFA1	Ja
1454	Ändere: „Als Grundvoraussetzung wollen wir Schulen eine einsatzfähige Infrastruktur und aktuelle Soft- und Hardware zur Verfügung stellen sowie qualifizierte IT-Fachkräfte. Daneben wollen wir Lehrkräfte verpflichtend im Umgang mit digitalen Lernmitteln und Medien weiterbilden.	KvE	Ja

Übersicht der Änderungsanträge zum LPT 08.09.2024

	In: „Wir Freie Demokraten unterstützen alle Schulen bei der Einrichtung einer einsatzfähigen Infrastruktur, Beschaffung aktueller Soft- und Hardware und Inanspruchnahme qualifizierter IT-Fachkräfte. Lehrkräfte sind verpflichtend im Umgang mit digitalen Lernmitteln und Medien weiterzubilden.“		
1468-1471	Streichung	Gerlach	Nein
1471	Ergänze nach Zeile 1471: „Für all diese Ziele wollen wir den neuen Informatik-Unterricht an Hamburgs Schulen nutzen. Der Lehrplan in diesem Fach darf sich nicht ausschließlich an der Auseinandersetzung mit Hard- und Software orientieren, sondern muss auch den Erwerb von Medienkompetenzen beinhalten.“	Oetzel	Ja
1478	Einfügen von „marktwirtschaftliche und „ vor „finanzielle“.	Gerlach	Ja
1491	Ändere: Im Rahmen des Beutelsbacher Konsens In: Im Rahmen des Beutelsbacher Konsenses	KvE	Ja
1509	Streiche oder Ändere „. Wiedereinführung der Initiative „Hamburg räumt auf“ in: „Einführung der Initiative „Hamburg räumt auf“ in das schulische Curriculum.	KvE	Ja
1513	Ersetze „zu saisonalem, regionalem und biologischem Essen“ durch „zu saisonalem und nachhaltig produziertem Essen“	Gerlach	Ja

Übersicht der Änderungsanträge zum LPT 08.09.2024

1516	Ergänze nach Zeile 1516: - Einführung von Fördermechanismen, die den Schulen einen finanziellen Anreiz zur Verringerung ihres Strom- und Energieverbrauchs geben.	Oetzel	Nein
1519	Entweder streichen oder ändern: „Wir wollen ausreichend Kräfte in der Schulsozialarbeit, Sonderpädagogik und Schulpsychologie sowie Schulbegleiter und außerdem IT- und Verwaltungsfachkräfte an allen Schulen. In: „Angesichts veränderter Bedarfe und Post-Covid-Phänomenen unterstützen wir die Mittelerhöhung für die personelle Aufstockung von Schulsozialarbeit, Sonderpädagogik, Schulpsychologie, Schulbegleitern sowie IT- und Verwaltungsfachkräfte an allen Schulen.“	KvE	Debatte
1523	streiche: „Unser Ziel ist ein Verhältnis von einer Verwaltungskraft zu zehn Lehrkräften.“	KvE	Nein
1529	Ersetze Zeile 1529 durch: Dafür wollen wir die Anzahl der Referendariatsplätze erhöhen.	Oetzel	Ja
1530	Ersetze die Zeilen 1530-1536 durch: Wir wollen Theorie und Praxis enger miteinander verzahnen, indem wir den Anteil der Praxisphasen im Bachelor- und im Masterstudiengang stark erhöhen. Die Zusammenarbeit mit dem Landesinstitut für Lehrerbildung (LI) muss stark ausgeweitet bzw. überhaupt erst etabliert werden. Regelmäßige Reflexionsphasen der Praxiseinsätze sowie Begegnungsmöglichkeiten mit Referendaren und Lehrern ermöglichen einen realistischeren Blick auf die	Oetzel	Nein

Übersicht der Änderungsanträge zum LPT 08.09.2024

	Herausforderungen des Lehrerberufs und ermöglichen eine zielgerichtetere Gestaltung des eigenen Studiums. Die Themen Inklusion, Integration, Hochbegabung und mentale Gesundheit sollen im Studium behandelt werden.		
1538	Ergänze nach Zeile 1538: Weiterentwicklung des Lehrerarbeitszeitmodells Das Lehrerarbeitszeitmodell ist eine „Hamburgensie“, die einen möglichst flexiblen Einsatz der Lehrkräfte und eine individuelle Bemessung der höchst unterschiedlichen Tätigkeiten verschiedener Lehrkräfte abbilden soll. Allerdings berücksichtigen die Zeiten, die Lehrern für ihre Tätigkeiten angerechnet werden, keine der Herausforderungen, die in den letzten Jahren in den Vordergrund getreten sind: Sprachbildung, Integration, Inklusion, Umgang mit Heterogenität/Differenzierung und Koordination mit Sonderpädagogen sind nur einige der neu hinzugekommenen Aufgaben, die Lehrer erfüllen müssen, ohne, dass sich die Berechnung ihrer Arbeitszeit verändert hätte. Im Ergebnis kommen alle diese Felder sowie die Bewältigung der Regelaufgaben zu kurz, was zu einer nachlassenden Unterrichtsqualität und einer Überlastung der Lehrkräfte führt. Dies spiegelt sich unter anderem in hohen Ausfallzeiten und steigenden Krankheitsquoten wieder. Wir wollen das Lehrerarbeitszeitmodell daher reformieren und die Berechnung der Lehrerarbeitszeit an die Herausforderungen der heutigen Zeit anpassen.	Oetzel	Debatte
1546	Entweder streichen oder ändere: „Wo möglich wollen wir mehr Lehrerstellen als nötig besetzen, um Ausfällen zu begegnen.“ In:	KvE	Debatte

Übersicht der Änderungsanträge zum LPT 08.09.2024

	„Wir fordern eine erhöhte Mittelzuweisung, um Schulen zu befähigen, mehr Lehrerstellen als nötig zu besetzen, um Ausfällen zu begegnen.“ „Wo möglich wollen wir mehr Lehrerstellen als nötig besetzen, um Ausfällen zu begegnen.“		
1547	Streiche von Z. 1547 bis 1550 folgenden Satz: „Um Fachunterricht gerade im Schuljahr vor dem Abschluss zu ermöglichen, wollen wir notfalls auch auf hybriden Unterricht setzen, bei der fachfremde Lehrkräfte und digital zugeschaltete Fachlehrkräfte zusammenarbeiten.“	Oetzel	Debatte
1547	Streiche „bei der fachfremde Lehrkräfte und digital zugeschaltete Fachlehrkräfte zusammenarbeiten.“	KvE	Debatte
1552ff	Ersetze Beste Lehrkräfte für beste Bildung – Verbeamtung abschaffen und leistungsgerecht entlohnen Langfristig fordern wir die bundesweite Abschaffung der Verbeamtung von Lehrkräften. Verbeamtungen widersprechen dem Leistungsprinzip unter Lehrkräften in starren Gehaltsklassen. Ein Aufstieg im Beruf ist kaum möglich. Strukturschwache Schulen können aktuell nicht durch höhere Vergütungen attraktiver gemacht werden. Zudem spielt das Argument von Unabhängigkeit und Unbestechlichkeit bei Lehrkräften – im Gegensatz etwa zur Justiz – eine untergeordnete Rolle. Es bedarf jedoch einer ganzheitlichen und bundesweiten Reform, um einen Konkurrenzkampf zwischen den Bundesländern mit dem Argument der Verbeamtung zu verhindern. Bis diese Reform umgesetzt wird, sollen Prämien für besonders engagierte Lehrkräfte eingeführt werden. Wir wollen zudem, dass angestellte Lehrkräfte in den Sommerferien nicht länger gekündigt werden.	Julis	Ja
1559	Andere „und körperlicher oder geistiger Behinderung,“	KvE	Ja

Übersicht der Änderungsanträge zum LPT 08.09.2024

	in „und körperlichen oder geistigen Einschränkungen,“		
1566	Streiche: „Als Freie Demokraten stehen wir zu dem Recht auf Inklusion und für die Wahlfreiheit der Eltern und Kinder zwischen Förder- und Regelunterricht bzw. -schule.“	KvE	Debatte
1572	Streiche „zugleich“	KvE	Ja
1600	Streiche die Zeilen 1600 bis 1602	Oetzel	Nein
1600	Ändere „Wir wollen den Schulbeginn auf 9 Uhr verlegen und Schülerinnen ermöglichen, sich bereits ab 8 Uhr in der Schule aufzuhalten und betreut zu werden.“ In: „Wir unterstützen Schulen bei der Umstellung des Schulbeginns auf 9 Uhr und dem Angebot an Schülerinnen und Schüler, sich bereits ab 8 Uhr in der Schule aufzuhalten und betreut zu werden.“	KvE	Debatte
1603	Ergänze als neue Zeile 1603: Unterrichtsfreie Tage reduzieren Unterrichtsfreie Tage (z. B. aufgrund von Zeugniskonferenzen, Konzepttagen, Brückentagen) stellen berufstätige Eltern vor enorme Herausforderungen. Die unterrichtsfreien Tage sollen deshalb reduziert und zwischen den Schulen synchronisiert werden. Schulen sollen Eltern ihre Pläne für unterrichtsfreie Tage bei Elternratssitzungen vorstellen und mit ihnen besprechen.	Still et al.	Ja
1609	Einfügen Schülerausweis reformieren Wir fordern den Ausbau des Schülerausweises zu einem Bildungsausweis, die jedem Schüler Hamburgs unabhängig von der finanziellen Ausstattung des Elternhauses	JuLis	Ja

Übersicht der Änderungsanträge zum LPT 08.09.2024

	eine möglichst einfache und umfassende Partizipation an den verschiedenen Bildungsmöglichkeiten unserer Stadt ermöglicht. Jeder Schülerin und jedem Schüler soll zum Schuljahresbeginn oder bei Schuleinschreibung automatisch ein einheitlicher Schülerschein im Scheckkartenformat und in digitaler Form ausgestellt werden. Schülern soll bei Vorlage des Schülerscheins kostenfrei ein Ausweis der Hamburger öffentlichen Bücherhallen sowie der Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg gewährt werden. Außerdem soll ihnen bei Vorlage des Schülerscheins kostenfreier Zutritt zu sämtlichen bildungs- und naturwissenschaftlichen Einrichtungen in öffentlicher Hand gewährt werden. Umfasst davon ist insbesondere auch der Fernzugang über e-Medien. Wo dies möglich ist, sollen Verhandlungen mit privaten Stiftungen und Vereinen aufgenommen werden, um eine äquivalente Regelung zu finden. Die Verkehrsverbünde sollten diesen Ausweis als Ersatz für die Papier-Bescheinigung anerkennen.		
1609	Ergänze nach Z. 1609: Reform der Studienstufe Wir wollen die Studienstufe derart reformieren, dass sie den Schülern eine individuellere Zusammenstellung ihres Stundenplans ermöglicht. Insbesondere wollen wir die starren Profile aufbrechen und eine an den Kompetenzprofilen der Schüler orientierte Wahl von Kursen auf erhöhtem Anforderungsniveau ermöglichen, angelehnt an das Leistungskurssystem.	Oetzel	Debatte
1609	Ergänze nach Z. 1609: Bekenntnis zum Schulstrukturfrieden Wir Freien Demokraten bekennen uns zum Hamburger Schulstrukturfrieden, der gemeinhin als „Hamburger Schulfrieden“ bezeichnet wird. Der Schulstrukturfrieden ist ein überparteilicher Erfolg, für den andere Bundesländer uns beneiden. Wir sind überzeugt davon, dass Verbesserungen der Qualität am	Oetzel	Nein

Übersicht der Änderungsanträge zum LPT 08.09.2024

	besten gelingen, wenn nicht zu jeder Legislaturperiode die Schulstruktur verändert wird. Gleichzeitig darf der Schulstrukturfrieden nicht als Ausrede verwendet werden, die notwendigen Reformen zur Verbesserung der Unterrichts- und Schulqualität anzustoßen.		
1612	Ergänze vor: „Praktika sollen besser vor- und nachbereitet und betreut werden und ...“ Mit „Wir fördern das Anlegen einer Hamburg-weiten Datenbank für Praktika-Angebote, damit sich Schülerinnen und Schüler über das große Spektrum von Schul-Praktika umfassend vorab informieren können.“	KvE	Ja
1612	Streiche „und regelmäßiger stattfinden.“	KvE	Nein
1637	Ändere: „Die beruflichen Schulen Hamburgs“ In: Die Berufsschulen	KvE	Ja
1646	Ergänze hinter 1646: „Wir fördern die Einrichtung einer digitalen Datenbank, die Studierende und Auszubildende über Auslandsstudienmöglichkeiten, Auslandspraktika und internationale Ausbildungsstellen europaweit informiert, um auch für Studierende und Auszubildende die europäische Freizügigkeit und Niederlassungsfreiheit zu befördern.“	KvE	Debatte
1647-1653	Streichung	Gerlach	Nein

Übersicht der Änderungsanträge zum LPT 08.09.2024

1685	„Wir werden den Einsatz von Laubbläsern und -saugern bei der Stadtreinigung und städtischen Grünpflege kritisch prüfen lassen und so weit wie möglich reduzieren.“	Gerlach	Nein
1697-1701	Streichung	Gerlach	Nein
1779-1781	Streichung	Gerlach	Nein
1813	Zeilen 1813 ab „Dabei wollen wir“ bis 1818: Streichen, Doppelung zu Zeile 1854 ff	Gerlach	Ja
1883	Streiche Zeile 1883-1884 „und eine kluge Führung, die den Rückhalt von Politik und Gesellschaft hat.“	LFA2	Ja
1903	Streiche Zeilen 1903 und 1904: Öffentliche Symbolaktionen wie „SoKo Autoposer“ oder die Task Force gegen die öffentlich wahrnehmbare Drogenszene sind einzustellen.	LFA2	Debatte
1918	Streiche Zeilen 1918 bis 1919: Nötig sind Strafverschärfungen gegen Banden-, Drogen und Kleinkriminalität, die beide Deliktarten begleitet. Dafür muss Hamburg sich im Bund einsetzen.	LFA2	Debatte
1921	Streiche Zeile 1921: präventive Maßnahmen und	LFA2	Ja
1981	Nach Z. 1981 wird folgender Teilabschnitt eingefügt: Wertschätzung für aktive und ehemalige Bundeswehrangehörige Wir Freie Demokraten begrüßen die Einführung eines Veteranentages durch den Deutschen Bundestag, um den Dienst und die Leistungen ehemaliger und aktiver Soldatinnen und Soldaten zu würdigen. Hamburg ist mit der Führungsakademie in Nienstedten, der Helmut-Schmidt-Universität in Jenfeld und dem Bundeswehrkrankenhaus in Wandsbek ein wichtiger Bundeswehrstandort. Den Veteranentag wollen wir deshalb auch in Hamburg zu einem würdigen Ereignis ausgestalten, zu dem die Bundeswehr sich an zentraler Stelle wie z.B. dem Rathausmarkt präsentieren kann. Der Senat soll hierzu gemeinsam mit der	KV Harvestehude	Debatte

Übersicht der Änderungsanträge zum LPT 08.09.2024

	Bundeswehr und Veteranenverbänden ein Konzept erarbeiten.		
1986	Füge ein nach Zeile 1986 : „Zur Durchsetzung des Rechtsstaats zählt eine funktionsfähige Justiz. Aufgrund der mangelnden Ressort-Führung durch die aktuellen Justizsenatorin der Grünen, Anna Gallina, hat sich an den Gerichten ein akuter Personalmangel aufgestaut, der sich durch alle Gerichtszweige durchzieht und zu untragbaren Verzögerungen für Rechtsuchende und Problemen bei der Durchsetzung des Rechtsstaats in allen Rechtsbereichen führt. Wir Liberale setzen uns ein für hinreichende personelle Aufstockung der Gerichte und der Staatsanwaltschaft durch verbesserte Geschäftsverteilungspläne und vermehrte Einstellung von Justizpersonal, wie u.a. Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger ein.“	LFA2	Debatte
1988	streiche „aber auch“	LFA2	Ja
1989	Füge ein nach 1989: Dazu ist es notwendig, Präventions und Deradikalisierungsstrategien und -programme stärker zu evaluieren und fördern.	LFA2	Ja
1992	Füge ein Gerade in Anbetracht des G20-Debakels in der Vergangenheit und dem Fakt, dass sich die „Nutzer“ der Roten Flora zum Aushängeschild für Rassismus und Antisemitismus entwickelt haben, muss sich Hamburg als Millionenstadt dieser Entwicklung entschieden entgegenstellen. Dazu ist es notwendig, Präventions und Deradikalisierungsstrategien und -programme stärker zu fördern.	LFA 2	Nein
1993	Die Gefängnisseelsorge kann einen wichtigen Beitrag zur Resozialisierung von Straftätern leisten. Jedoch behalten wir uns vor, religiöse Organisationen, über deren Verfassungstreue Zweifel besteht oder die unter Beobachtung des Verfassungsschutzes stehen, von dieser Aufgabe zu entbinden.	LFA1	Debatte
2002-2004	Streichen	LFA2	Debatte
2006ff	ersetze durch: Für die bereits vorhandenen staatlichen Überwachungsbefugnisse setzen wir uns für eine Überprüfung und Evaluierung nach wissenschaftlichen Standards ein. Die Ergebnisse dieser Evaluierung sollen zur Mitte der Legislaturperiode vorliegen. Im	LFA2	Ja

Übersicht der Änderungsanträge zum LPT 08.09.2024

	Rahmen der Evaluation soll festgestellt werden, ob die Maßnahme dem jeweiligen Zweck gedient hat und wie oft diese durchgeführt wurde. Auf Grundlage dieser Bewertung soll entschieden werden, ob die Maßnahme weiterhin bestehen bleiben soll. Wir Freie Demokraten lehnen die pauschale Online -Durchsuchung, die pauschale Quellen-TKÜ, die pauschale Vorratsdatenspeicherung, die pauschale biometrische Gesichtserkennung/Videoüberwachung und die ziel – oder anlasslose automatische Kennzeichenerfassung ohne umgehende Löschung von Fehltreffern ab.		
2018	Ergänze: Für Übersichtsaufnahmen einer Versammlung, bspw. durch Drohnen o.Ä. durch den Staat, müssen, um dem Gesetzesvorbehalt Genüge zu tun, eine neue gesetzliche Regelung geschaffen werden. Wir Liberale lehnen eine automatisierte Gesichtserkennung, die dazu führen könnte, dass Bürgerinnen und Bürger ihr Recht auf Versammlungsfreiheit nicht vollumfänglich wahrnehmen, ab. Ebenso lehnen wir eine grundsätzliche namentliche Erfassung von Versammlungsteilnehmern ab.	LFA2	Ja
2023	Streiche: streiche „sowie die Erstellung eines Opferschutzkonzeptes und regelmäßige Evaluierung der darin enthaltenen Maßnahmen“ ersatzlos, arg.: redundant, ist bereits geltendes Recht	LFA2	Ja
2032	Streiche Zeile 2032: den Ausbau der Arbeit mit Tätern	LFA2	
2047-2052	Ersetze: Wir wollen die Justiz technisch und personell so aufstellen, dass Gerichtsverfahren mit überlanger Verfahrensdauer der Vergangenheit angehören. Dazu muss die Hamburger Justiz vollumfänglich digitalisiert werden. Online-Klagen und elektronische Aktenführung (E-Justice) sparen Zeit und Geld und erleichtern den Informationsaustausch. Die Projekte zur Einführung der elektronischen Gerichtsakte müssen bundesweit koordiniert und – soweit möglich – hier in Hamburg beschleunigt werden. Auch sind bundesweit identische Austauschformate für die elektronische Gerichtsakte notwendig. Zum reibungslosen elektronischen Rechtsverkehr gehören auch Breitbandzugänge für die Justiz. Zudem muss das	LFA2	Ja

Übersicht der Änderungsanträge zum LPT 08.09.2024

	besondere elektronische Anwaltspostfach (beA) verbessert werden; die bestehenden Sicherheitslücken müssen geschlossen werden und die in regelmäßigen Abständen auftretenden technischen Mängel müssen behoben werden.		
2047	Streiche Zeile 2047: Wir wollen die gemeinnützige Tätigkeit für zahlungsunfähige Verurteilte	LFA2	Nein
2060	In Zeile 2060 soll eingefügt werden: "Wir dürfen allerdings auch nicht vergessen, dass wir in Deutschland aktuell unter einem akuten Arbeits- und Fachkräftemangel leiden. Dieser wird sich durch den Eintritt der Babyboomer in den Ruhestand weiter verschärfen - bis 2030 gehen voraussichtlich 5 Mio. mehr Menschen in den Ruhestand, als Menschen neu in den Arbeitsmarkt eintreten. Nach Angaben der Wirtschaftsweisen benötigt Deutschland eine Netto-Zuwanderung von jährlich ca. 400.000 Arbeitsmigranten, um nur die aktuelle Zahl der Arbeitskräfte beizubehalten. Die deutsche Wirtschaft befindet sich seit 2023 in einer leichten Rezession. Eine liberale und pragmatische Integrationspolitik ist auch Wirtschaftspolitik. Sie kann den Arbeits- und Fachkräftemangel lindern, und der Wirtschaft so den nötigen Anschub geben. Wir Liberale wollen nicht nur versuchen, die Wunsch-Fachkräfte anzuwerben, um die ebenso in Kanada, den USA oder Großbritannien gebuhlt wird. Wir stehen auch für einen pragmatischen Umgang mit den Geflüchteten und Migranten, die bereits in Hamburg sind, sich aktiv für unsere Stadt entschieden haben und bereits Kenntnisse der Sprache und Kultur erworben haben. Daher müssen wir Arbeitsverbote in Hamburg weitestgehend abschaffen - so machen wir aus	Rossmeier	Nein

Übersicht der Änderungsanträge zum LPT 08.09.2024

	Sozialhilfeempfängern Steuer- und Beitragszahler.		
2072	Nach Zeile 2072 soll eingefügt werden: „Daneben setzen wir uns als Landesverband auf Bundesebene dafür ein, dass der gesetzlich vorgesehene Weg für Arbeitsmigranten digitalisiert, entbürokratisiert und beschleunigt wird. Wenn Bewerber bei den deutschen Botschaften teilweise 12 Monate auf den ersten Visumstermin warten müssen, dann ist dies ein Anreiz für Wirtschaftsflüchtlinge, auf dem irregulären Weg einzureisen. Visaverfahren müssen vereinheitlicht werden, digital und weitgehend papierlos abgewickelt werden. Digitale Unterschriften müssen verstärkt akzeptiert werden, denn der Weg zur deutschen Botschaft in der Hauptstadt kann in großen Flächenländern sehr weit sein. Die Hürden für die Fachkräfteanerkennung sollten, mit Ausnahme der reglementierten Berufe, deutlich gesenkt werden. Auch Arbeitskräfte ohne Fachkräftestatus sollten mit Arbeitsvertragsangebot in Deutschland einfacher ein Visum erhalten können.“	Rossmeier	Nein
2092ff	Ersetze „Des Weiteren fordern wir, dass sämtliche Unterkünfte mit leistungsfähigem WLAN ausgestattet werden, um Konflikte mit der Nachbarschaft zu vermeiden.“ Durch: „Um schulpflichtigen Kindern, die mit ihren Familien in öffentlich-rechtlichen Unterbringungen leben, den Zugang zu digitalen Lerninhalten und Erwachsenen eine digitale Antragstellung in Wohnunterkünften zu ermöglichen, sollen alle Hamburger Unterkünfte mit leistungsfähigem W-Lan ausgestattet werden.“	GHH, Katarina Blume	Ja
2095	In Zeile 2095 soll eingefügt werden:	Rossmeier	Ja

Übersicht der Änderungsanträge zum LPT 08.09.2024

	"Integrationskurse und Sprachkurse sollen verstärkt nebenberuflich angeboten werden. Das Absolvieren des Integrationskurses sollte nicht den Arbeitsantritt Geflüchteter in Hamburg verzögern, sondern berufsbegleitend erfolgen. Eine längere Kursdauer bei geringeren Wochenstunden ist zu bevorzugen, sofern die Lage der Stunden eine Erwerbstätigkeit neben dem Sprachkurs begünstigt. Eine Berufstätigkeit neben dem Sprachkurs bietet Anwendungsmöglichkeiten im Alltag und fördert einen schnelleren Spracherwerb. Ansonsten führen lange Wartezeiten und Vollzeitkurse u.U. dazu, dass Geflüchtete z.B. schnell 18 Monate aus dem Arbeitsmarkt heraus sind."		
2118	In Zeile 2118 soll (nach dem Antrag „Arbeitsverbote abschaffen – aus Sozialhilfeempfängern Steuerzahler machen“) eingefügt werden: „Der sogenannte „Spurwechsel“ zwischen verschiedenen Aufenthaltsstatus muss vereinfacht werden. Wer keine Chance auf Asyl hat, aber in Hamburg einen sozialversicherungspflichtigen Job gefunden hat, der den Lebensunterhalt finanziert, sollte ein Arbeitsvisum erhalten (bzw. den entsprechenden Aufenthaltstitel). Der Aufenthalt sollte dann an den Arbeitsplatz geknüpft sein – wenn der Arbeitsplatz entfällt und nicht rechtzeitig eine neue Arbeit nachgewiesen wird, entfällt der Aufenthaltstitel. Die Notwendigkeit der Ausreise und ein langwieriger Visumsprozess bei der deutschen Botschaft des Heimatlandes sollten für die Änderung des Aufenthaltsstatus entfallen. Selbiges sollte für die Aufnahme einer Berufsausbildung ermöglicht werden. Wir sollten auch unsere freien Ausbildungsplätze nutzen, um aus ausländischen Arbeitskräften Fachkräfte zu machen. Im Jahr 2023 blieben in Hamburg über	Rossmeier	Nein

Übersicht der Änderungsanträge zum LPT 08.09.2024

	4.000 Ausbildungsplätze unbesetzt. Dieses Potenzial sollten wir nutzen, insbesondere, solange die Generation der erfahrenen Ausbilder noch nicht in Rente ist. Die Ausbildung gibt Gelegenheit zur Integration, Anschluss zu finden und unsere Kultur kennenzulernen.“		
2118	In Zeile 2118 soll eingefügt werden, als Überschrift in fett: "Arbeitsverbote abschaffen - aus Sozialhilfeempfängern Steuerzahler machen" Dann in Normalschrift: "Die meisten Migranten, die nach Deutschland kommen, tun dies auf der Suche nach Sicherheit und einem besseren Leben. Sie wollen sich selbst versorgen und eine Aufstiegsperspektive - Geld vom deutschen Staat zu akzeptieren ist vielen Menschen unangenehm. Aktuelle Regelungen führen dazu, dass neuankommende Geflüchtete monatelang nicht arbeiten dürfen - wir zwingen Sie in eine Abhängigkeit vom Staat. Arbeitswillige Menschen bekommen ein Arbeitsverbot auferlegt. Sie sind dadurch berechtigt und gezwungen, Asylbewerberleistungen zu erhalten, statt unsere Sozialsysteme und Infrastruktur durch eigene Arbeit, Steuer- und Beitragszahlungen zu unterstützen. Die Erteilung von Arbeitserlaubnissen liegt meist im Ermessen der bearbeitenden Behörden. In Hamburg müssen Arbeitsverbote weitgehend abgeschafft werden. Auch die Unterscheidung zwischen Geduldeten aus sicheren und unsicheren Herkunftsländern bei der Arbeitserlaubnis muss abgeschafft werden. Die aktuellen Regelungen führen z.B. zu folgender unlogischer Situation: Ein geduldeter Mensch aus Nigeria ("unsicheres Herkunftsland") darf in Deutschland	Rossmeier	Nein

Übersicht der Änderungsanträge zum LPT 08.09.2024

	arbeiten, einem geduldeten Menschen aus Ghana ("sicheres Herkunftsland") wird ein Arbeitsverbot erteilt. In unserer aktuellen Situation des Arbeits- und Fachkräftemangels sollten beide Gruppen arbeiten und ihren eigenen Lebensunterhalt finanzieren dürfen. Selbst wenn eine Abschiebung letztlich rechtlich unumgänglich sein sollte, sollte man Geduldete bis dahin arbeiten lassen, statt sie von Sozialhilfeleistungen abhängig zu machen.		
2153ff	In Zeile 2153 soll eingefügt werden: "Die Arbeitgeber sollten entscheiden, welcher Bewerber eine Fachkraft und für den jeweiligen Job geeignet ist – nicht Behörden. Anerkennungsverfahren für Fachkräfte sollten daher soweit möglich abgeschafft werden. Eine Ausnahmen bilden die sogenannten reglementierten Berufe, z.B. Pflegefachmann/-frau. Auch in diesen Fällen muss das Verfahren verschlankt werden" In Zeile 2155 soll eingefügt werden: "Eine Prüfung auf Vollständigkeit der Unterlagen kann in digitalen Verfahren automatisch erfolgen. Statt jeden Defizitbescheid nach Einzelfallprüfung zu erstellen, sollten aus vergangenen Entscheidungen vermehrt Standard-Beurteilungen von Berufsabschlüssen aus bestimmten Ländern entwickelt und angewandt werden. So kann die Bearbeitungsdauer von zurzeit 3-6 Monaten in Zukunft deutlich reduziert werden." In Zeile 2152 soll das Wort "dafür" gestrichen werden (Dopplung).	Rossmeier	Nein
2161	Zeilen 2161 ab „Wir wollen daher“ bis 2165: Verschieben hinter Zeile 2093.	Gerlach	Ja
2232	Vertreter der Religionsgemeinschaften sind in den Jugendhilfeausschüssen der Bezirke beratend tätig und bereichern diese oft. Als Liberale betrachten wir deren Beiträge jedoch stets kritisch, da hier in der Vergangenheit auch Vertreter von	LFA1	Ja

Übersicht der Änderungsanträge zum LPT 08.09.2024

	Religionsgemeinschaften tätig waren, über deren Verfassungstreue Zweifel besteht.		
2361	Ergänze in Zeile 2361 zwischen „Wissenschaft“ und „und Wirtschaft“: , Gesellschaft“	Oetzel	Nein
2393	Ersetze die Zeilen 2393-2395 durch: Der Anteil der Hochschulfinanzierung durch Landesmittel sinkt in vielen Bereichen...	Oetzel	Ja
2401	Streiche in Zeile 2401: „wie bei den BaföG-Millionen“	Oetzel	Nein
2422	Ergänze in Z. 2422 nach „lebenslangem Lernen“ eine neue Überschrift: Offene Hochschulen für Hamburg	Oetzel	Debatte
2446	Streiche ab Z. 2446 „Die Exzellenz“ bis Z. 2453 „teilnehmen“	Oetzel	Nein
2482	Einfügen nach Zeile 2482: Anwesenheitspflicht in Hochschulen abschaffen Weder mit stupidem Auswendiglernen noch mit erzwungener Anwesenheit können neue Erkenntnisse entstehen. Vielmehr sollten Universitäten Tempel des Wissens werden, die Menschen von Themen begeistern und anregen, sich eigene Gedanken zu Themen zu machen. Wir setzen auf echte akademische Freiheit und mehr Eigenverantwortung, weshalb auf jegliche Anwesenheitspflicht formeller oder informeller Art zu verzichten ist. Auf Anwesenheit darf nur in besonders geregelten und fachlich notwendigen Fällen bestanden werden.	JuLis	Debatte
2486	Einfügen nach Zeile 2486: Lebenslanges Lernen, dezentral und überall Bildung muss für alle in jeder Lebenslage verfügbar sein und sich nur auf	JuLis	Debatte

Übersicht der Änderungsanträge zum LPT 08.09.2024

	Schulen oder Universitäten beschränken. Wir werden Bildungsangebote einführen, die für alle verfügbar und einfach abrufbar sind. Dazu wollen wir die digitalen Möglichkeiten besser nutzen. Mit sog. "Massive Open Online Courses" (MOOCs) mit Betreuung durch die örtlichen Hochschulen können wir flexible Bildungsangebote schaffen, die die Menschen frei an ihre Lebenssituation anpassen können. Durch ein Zertifizierungssystem, z.B. ECTS, werden wir für eine Anerkennung der durch MOOCs erworbenen Fähigkeiten sorgen. Dazu gehört etwa ein Ausbau von kostenlosen oder günstigen Möglichkeiten Englisch auch nach der Schul- oder Arbeitszeit zu lernen.		
2500	Streiche Zeile 2500-2502: Standardkommentare bzw. Datenbanken sollen bereits in der Ausbildung und bei der Ersten Staatsprüfung genutzt werden können.	LFA2	Nein
2506	Zeile 2506: „und divers“ streichen.	Gerlach	Nein
2535	Die Hamburger Sternwarte in Bergedorf soll für den Rang als UNESCO-Weltkulturerbe qualifiziert werden. Hierfür müssen angemessene Mittel bereitgestellt und alle Optionen zur Akquise von Fördergeldern von Bund und Europäischer Union ausgeschöpft werden, um die nötigen Instandsetzungsarbeiten sicherzustellen.	Ciba	Ja
2558	Ersetze Zeile 2558 ab „Alle Hamburger Schulklassen sollten daher mehrmals die KZ-Gedenkstätte Neuengamme besuchen, um die Verbrechen der NS-Zeit zu verstehen und damit Antisemitismus und Antiziganismus vorzubeugen.“ Durch: „Alle Schülerinnen und Schüler in Hamburg sollen im Laufe ihrer Schulzeit die KZ-Gedenkstätte Neuengamme sowie Orte heutigen jüdischen Lebens in Hamburg besuchen. Das gleiche gilt für die Bornplatzsynagoge, sobald diese wiederaufgebaut wurde.“	Ria Schröder	Ja
2575	Nach der lange von uns geforderten Schließung des IZHs setzen wir uns für eine Umwidmung der Blauen Moschee in eine Gedenkstätte für die Opfer von	LFA1	Ja

Übersicht der Änderungsanträge zum LPT 08.09.2024

	Islamismus ein. Die Gedenkstätte soll nach Jina Amini benannt werden.		
2631	Zeile 2631- 2641: Ersatzlos streichen	Gerlach	Nein
2664	Einfügen nach Zeile 2664: Bestattung zeitgemäß gestalten Wir fordern die Liberalisierung des Bestattungsrechts. Dazu gehören die Abschaffung des Friedhofzwangs für Urnenbestattungen bei Bestimmung im Testament, das Erlauben von weiteren modernen Bestattungsmethoden wie Reerdigungen und Diamantbestattungen sowie die Abschaffung der Unteilbarkeit der Asche mit Möglichkeit zum Widerspruch. Zusätzlich sollen die Beisetzungsfristen in allen Bundesländern harmonisiert werden. Weiterhin sollen Betreiber eines Bestattungsunternehmens die Ausbildung zur Bestattungsfachkraft erfolgreich abgeschlossen haben müssen.	Julis	Debatte
2666	Ersetzen Wie eine Vorschau auf die absehbaren Folgen des demographischen Wandels in Deutschland hat die Pandemie die Schwächen unseres Gesundheitssystems schonungslos offen gelegt.	LFA Gesundheit	Ja
2677	Ersetzen Mit städtebaulicher Unterstützung der Arztpraxen, einer sicheren Finanzierung unserer Krankenhäuser und einem Ausbau der sektorübergreifenden digitalen Plattforminfrastruktur stellen wir die medizinische Versorgung für die Menschen und Heilberufler in allen Stadtteilen Hamburgs sicher.	LFA Gesundheit	Ja
2679	Einfügen Der Gesundheitssektor in Hamburg ist einer der größten, wachstumsstärksten und zukunftssichersten Wirtschaftszweige und die Freien Demokraten bekennen	LFA Gesundheit	Ja

Übersicht der Änderungsanträge zum LPT 08.09.2024

	sich dazu diesen wichtigen Bereich gemeinsam mit Menschen in Hamburg und und allen Akteuren weiter zu entwickeln.		
2683	Nach dem zweiten Satz die folgenden zwei Sätze einzufügen: Durch unnötig strengere Vorgaben für die Berufsausbildung in der Pflege, insbesondere die Verkleinerung der Klassen und ausschließlich akademische Ausbilderinnen und Ausbilder hat Hamburg die Personalknappheit in der Pflege noch verschärft. Wir meinen, dass die Bundesvorgaben bereits ausreichend sind und wollen Hamburg künftig daran orientieren.	LFA Gesundheit	Ja
2732	Einfügen nach Zeile 2732: „Long-Covid / Post-Covid Kompetenzzentrum einrichten Hamburg hat noch immer keine Anlaufstelle für die Krankheitsbilder Long-Covid / Post-Covid, obwohl die Fallzahlen nach wie vor hoch sind. Patienten, die nicht die berufsgenossenschaftliche Klinik Boberg nutzen können, steht keine auf diese Krankheitsbilder spezialisierte Ambulanz zur Verfügung. Niedergelassene Ärzte haben kaum Ansprechpartner in Hamburg, um sich über den aktuellen Forschungsstand und Behandlungsmethoden zu informieren oder um Patienten dorthin überweisen zu können. Wir fordern die Einrichtung eines interdisziplinären Kompetenzzentrums mit einer Ambulanz für Long-Covid und Post-Covid am UKE nach dem Vorbild der Charité in Berlin, um die Versorgung der betroffenen Patienten endlich zu verbessern und die niedergelassenen Ärzte bei der Behandlung zu unterstützen.“	Gerlach	Debatte
2813	Nach dem zweiten Satz den folgenden Satz mit einzufügen: Wir setzen uns dafür ein die gemeinsamen Ziele der Gesundheitsakteure, ihrer Fachkräfte und den Menschen in Hamburg mit einer offenen, gemeinsamen und vernetzenden Gesundheitsplattform zu realisieren.	LFA Gesundheit	Ja
2880	Füge ein nach „olympischen“ bzw. „olympischer“ in Z. 2880 & Z. 2918:	KV Harvestehude	Ja

Übersicht der Änderungsanträge zum LPT 08.09.2024

	„und paralympischen“ bzw. „und paralympischer“		
3025	Ersetze in Zeile 3025 „Der Abbau des doppischen Haushaltsdefizits“ wie folgt: „Die Beibehaltung eines nachhaltig doppisch ausgeglichenen Haushalts“	LFA Finanzen	Ja
3068	Füge ein als neuer Absatz nach Zeile 3068: „Die Gründung einer neuen konzerneigenen öffentlich-rechtlichen De-facto-Hausbank, der „Freie und Hansestadt Hamburg FinanzServiceAgentur AöR“ (FSA), lehnen wir Liberale ab. Wir werden ein mögliches zukünftiges Bemühen der FSA um eine eigene Banklizenz nicht unterstützen. Ein Desaster wie bei der HSH Nordbank darf sich nicht wiederholen.“	LFA Finanzen	Debatte
3073	Ersetze Zeilen 3073 – 3074 wie folgt: Zusätzliche oder höhere Steuern lehnen wir ab.	LFA Finanzen	Ja
3079	Füge ein in Zeile 3079 nach „senken“: „und“ Füge ein in Zeile 3080 nach „erhoben werden.“: Bis zur Schaffung des notwendigen Bundesrechts für die im Kapitel „Lebenswerte Quartiere, bezahlbarer Wohnraum“ genannten Pläne werden wir als Sofortmaßnahme die Erhöhung der Grunderwerbsteuer durch Rot-Grün zurücknehmen und sie darüber hinaus auf den aktuellen gesetzlichen Mindestsatz von 3,5 % absenken.	LFA Finanzen	Debatte
3081	Füge ein an geeigneter Stelle in den beiden Absätzen beginnend mit Zeile 3081 und 3087 wie folgt: über eine Bundesratsinitiative wollen wir . . .	LFA Finanzen	Ja
3130	Einfügen	JuLis	Ja

Übersicht der Änderungsanträge zum LPT 08.09.2024

	Englisch als zweite Verwaltungssprache einführen Damit Unternehmen und Menschen auch aus anderen Ländern in Deutschland Innovation und Wachstum schaffen können, muss auch die Verwaltung weltoffener agieren. Dies erfordert eine Kommunikation nicht nur auf Deutsch, sondern insbesondere auch auf Englisch. Wir wollen Englisch deshalb landesweit als weitere Verwaltungssprache einführen.		
3130	Füge ein nach Zeile 3130 wie folgt: Die Sprache, auch als Amtssprache in der Verwaltung, muss verständlich, lesbar und (maschinen-)vorlesbar bleiben. Wir erwarten weiterhin von allen öffentlich-rechtlichen Institutionen die Anwendung der amtlichen deutschen Rechtschreibung, wie sie auf Beschluss der Ministerpräsidenten zum 1. August 2006 für alle Behörden und Schulen in Kraft getreten ist und vom Rat für deutsche Rechtschreibung fortgeschrieben wird. Wir wollen die Anwendung dieser amtlichen Rechtschreibung im Rahmen der Weisungsbefugnisse und Einflussmöglichkeiten durch die Politik in staatlichen Institutionen und Bildungseinrichtungen sowie öffentlichen Unternehmen für deren Kommunikation und im Unterricht sicherstellen.	LFA Finanzen	Ja
3131	Ergänze als neue Zeile 3131: Die massive Aufblähung von Stellen in der Umweltbehörde (123 neue Stellen im Haushaltsplan 2021/22) erweckt den Eindruck grüner Vetternwirtschaft. Wir werden den Zweck dieser Stellen prüfen, sie ggf. streichen oder die Kapazitäten auf andere Behörden verteilen, wo sie dringender benötigt werden.	Still	Ja
Anmerkungen			
Präambel	Vorschlag Sander	Sander	

Übersicht der Änderungsanträge zum LPT 08.09.2024

280ff	Die Bürgerschaft wird dem Verkauf an Anteilen der HHLA voraussichtlich am 04.09.2024 in zweiter Lesung und damit vor dem Landesparteitag zustimmen. Daraus folgt ein Aktualisierungsbedarf für unsere politische Bewertung. Der „sofortige Stopp“ und deren im Konjunktiv formulierten Folgen sind dann Geschichte hinsichtlich der getroffenen politischen Entscheidung zu den Senatsermächtigungen. Der Landesvorstand sollte zu diesem Abschnitt entweder eine weitreichende redaktionelle Ermächtigung vom LPT einfordern oder besser noch rechtzeitig zum Parteitag einen Änderungsantrag vorlegen.		
232ff	Die Forderung nach Wettbewerb zwischen verschiedenen Terminalbetreibern sowie der grundsätzlichen Trennung von Terminalbetrieb und Reedereigeschäft ist ordnungspolitisch richtig. Unklar ist aber, wieso der Verkauf von Mehrheitsanteilen an „Dedicated Terminals“ zu mehr Wettbewerb führt. Die Zulassung von Dedicated Terminals, also die Übereignung eines Terminals an eine Reederei vermischt den Betrieb und begrenzt den Wettbewerb, wenn die Nutzung dieser Terminals exklusiv durch einen privaten Mehrheitseigentümer oder einen starken Minderheitsanteilseigner mit strategischer Führerschaft erfolgt, eine Befürchtung, die wir bei unserer Kritik am HHLA/MSC-Deal ausdrücklich formulieren. Hier ist dem Landesvorstand eine Nachschärfung der Aussagen anzuraten.		
Nach Ermessen in Kapitel Staat & Verwaltung	Hamburg hat zu viele Behörden. Als kleines Bundesland stehen wir mit an der Spitze der Behördenzahl. Das werden wir in Senatsverantwortung ändern. Wir werden die Behördenstruktur in Hamburg effizienter aufstellen. Die Trennung von Wirtschaftsbehörde und Verkehrsbehörde hat sich beispielsweise nicht bewährt. Wir wollen diese Behörden wieder zusammenlegen, damit die Wirtschafts- und Verkehrspolitik aus einem Guss geplant wird. Durch diese Maßnahme werden wir beim politischen Leitungspersonal sparen.	Kruse, Schrader	Ja
??	Einfügen an passender Stelle: Wir Freie Demokraten bekennen uns zu den Grundsätzen der Freiheit und Gleichheit der Wahl sowie der Chancengleichheit der Parteien. Wir unterstützen	LFA2	Nein

Übersicht der Änderungsanträge zum LPT 08.09.2024

	keine zwingenden Regelungen zur paritätischen Besetzung von Wahllisten in Hamburg.		
??	Einfügen an passender Stelle: Bürgerbeteiligung in der parlamentarischen Arbeit Bürger sollen künftig Themen, die sie bewegen, über ein Online Beteiligungsverfahren bei der Hamburgischen Bürgerschaft anmelden können. Eine parlamentarische Befassung ist anzustreben. Außerdem wollen wir die Möglichkeit schaffen, dass Petitionen von Bürgern mit einer qualifizierten Minderheit der Mitglieder der Bürgerschaft im Parlament zur Aussprache gebracht werden können.	LFA2	Nein